

... in Stadt, Ort und ...

Gegründet 1877.



Die Hachtige Zeit ...

Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 102

Druck und Verlag in Altensteig.

Donnerstag, den 2. Mai.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1918.

Der Krieg.

W.D. Großes Hauptquartier, 1. Mai. (Amtlich) Westlicher Kriegsschauplatz:

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Yper und Dranontre zu größerer Heftigkeit auf.

Auf dem Schlachtfeld beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Royon und über den Dife-Aisne-Kanal bei Carvues brachten mehr als 50 Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten - Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordöstlich von Lavastehus und bei Lahti zu durchbrechen.

Finnische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krım haben wir Feodosia kampfbereit besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Clemenceau hat die Veröffentlichung der englischen ...

Schlaf des französischen Kampfes kimmere sie wenig; sollten sie sich auf dem Festland nicht halten können, so würden sie sich eben wieder auf ihre Insel zurückziehen und den Krieg zu Wasser fortführen.

Laut „Temps“ ist der Gerichtshof erster Instanz in ...

Wie die große Offensive vorbereitet wurde.

Der dänische Berichterstatter Viktor Carling weist zur Zeit an der deutschen Angriffsfront im Westen.

Als es feststand, daß an der Westfront eine große Offensive erfolgen sollte, da sich Hindenburg von Ludendorff die ganze Front von Norden bis zum Süden bereiten, um mit den Divisionschefs Rücksprache zu nehmen.

Ende Januar wurde mit den Vorbereitungen begonnen. Leicht waren sie nicht, da sie so weit wie möglich verborgen werden mußten, damit die Engländer keinen Verdacht von dem, was sich vorbereite, schöpfen.

Ein paar Tage darauf begann der eigentliche deutsche Aufmarsch, der sieben Marschnächte in Versuchung nahm.

willen Punkten begannen, ihre Koffer zu packen. In dieser Arbeit wurden sie jedoch unterbrochen, als am Morgen des 21. März der Sturm losbrach. Dieser Zeitpunkt war bereits einen vollen Monat vorher festgesetzt worden, und Tausende von Eingeweihten konnten ihn. Aber alle hielten dicht — und so konnte in der historischen Morgenstunde des 21. März die ganze unerschütterliche Macht mit vollem Erfolge in Bewegung gesetzt werden. (Frankf. Stg.)

Der Krieg zur See.

Washington, 1. Mai. Ein helles Blatt erzählt, daß die Absicht besteht, den Dampfer *Kiewit* Amsterdam der Holland-Amerika-Linie nächste Woche wieder nach Amerika fahren zu lassen, um die 350 niederländischen Seeleute, die sich noch in Amerika befinden, abzuholen.

Die Ereignisse im Westen.

Der englische Bericht.

London, 20. April. Englischer Herrensbericht vom 20. abends: Bei den erfolgreichen Gegenangriffen der französischen Truppen in der letzten Nacht bei Loher ausföhren, wurden 60 Gefangene gemacht. Abgesehen von 1700 Mann an anderen Punkten, fanden 20000 französische Soldaten keine weitere Widerstände, daß die Franzosen bei dem ergebnislosen Angriff am gestrigen Tage sehr schwer waren. Während der Sonne wurden einige Gefangene durch unsere Patrouillen eingeschickt. Weiter der geschätzlichen Anwesenheit auf beiden Seiten ist weiter nichts zu melden.

Die Ereignisse im Osten.

Am Sebastopol.

Sankt Petersburg, 1. Mai. Nach dem 3. N. ist der Kampf um die starke Festung Sebastopol im Gange.

Dunkel ist der Rede Sinn.

Sankt Petersburg, 20. April. WTB. meldet: Nach der Kiewer Zeitung „Kiewskaja Wjesna“ hat der ukrainische Verkehrsminister für die Überhebung der für die Zentralmächte bestimmten 60 Millionen Rubel Getreide die Erhebung der tarifmäßigen Abgabe angeordnet. (Was will mit diesen unverständlichen Worten gesagt werden? Die „Überhebung“ geschieht doch bekanntlich durch deutsche bzw. österreichisch-ungarische Transportmittel, außerdem erhebt man doch für die „Beförderung“ keine „Abgaben“. Soll es sich in Wahrheit um einen nachträglichen Zuschlag zu dem überhöht hohen Kriegspreis des ukrainischen Getreides handeln? Es wäre eine bedenkliche Lücke in dem wirtschaftlichen Abkommen des ukrainischen Friedensvertrags, wenn der Wortlaut eine nachträgliche Preisverhöhung zuliesse. Man wird wohl eine amtliche Klärung erwarten dürfen. D. Schr.)

Moskau, 23. April. (Weiter. Verspätet eingetroffen.) Die Entlassung der Anarchisten in Petersburg ist gestern abend ohne Widerstand erfolgt.

Neues vom Tage.

Brennnamen deutscher Rheinbrücken.

Berlin, 1. Mai. (Amlich.) Der Kaiser richtete an den Kronprinzen folgendes Telegramm: „Er. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen. Es ist mir eine große Freude, die mitteilen zu können, daß ich heute befahlen habe, daß die Rhein-Eisenbahnbrücke bei Gnaats, welche in großer Zeit erbaut, der Kaiserlichen Rheinbrücke“

Erzählung.

Arbeit, Mühe, Schweiß und Frost,
Sind des Ruhmes und der Tugend Kost;
Mit Mühseligkeit und Gemüthsleid
Man keinen Namen nicht bereut!
Aber vom ernstlichen Fleiß
Müß der Stahl schmelzen wie das Eis.

Auf Leben und Tod.

Erzählung aus den peruanischen Anden. Von R. Detz (Anfang.) (Nachdruck verboten.)

In heiterster Stimmung fand sich an einem schönen Mattag des Jahres 1890 eine aus acht Herren und vier Damen bestehende Gesellschaft auf dem Bahnhof der peruanischen Eisenbahn Chica zusammen. Die lockenden Gesichter und die frohliche Unterhaltung ließen unschwer erraten, daß es sich bei der bruchwürdigen Reise um einen Vergnügungsausflug handelte, und in der Tat hatten sich die teils durch verwandtschaftliche, teils durch freundschaftliche Beziehungen untereinander verbundenen Teilnehmer in der Absicht zusammengefunden, eine der interessantesten Sehenswürdigkeiten des Landes, die berühmten Schauhöhlen in der Nähe von Pajo de Galera, zu besuchen.

Diese auf der Höhe des mächtigen Andengebirges befindlichen, wahrscheinlich durch Gletscherwasser ausgewaschen, demartig gewölbten Höhlen verdanken ihren Namen einer alten Ueberlieferung der Indianer, wonach die Ureinwohner Perus, zu der Zeit, da die Spanier zuerst raubend und erobert ins Land kamen, hoch oben in der unzugänglichen Felsenwildnis ungeheure Schätze verborgen haben sollen. So fest ist bei den Eingeborenen der Glaube an das Vorhandensein dieser sabelhaften Reichtümer, daß wiederholt von den an der

Abwehrung wichtiger Punkte leisten soll, den Namen „Kronprinz-Wilhelm-Brücke“ führen soll. Die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen, welche mir den Vorschlag gemacht hat, will dadurch dankbar seinen Namen als Heerführer verewigen.“ — Die gleiche Ehrung ließ der Kaiser dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu teil werden, indem er die neue Rheinbrücke bei Radesheim nach ihm benannte, und dem Ersten Generalquartiermeister, General der Infanterie Ludendorff, dessen Name die Rheinbrücke bei Remagen tragen soll.

Zugversetern.

Berlin, 1. Mai. Der Hauptauschuss des Reichstags begann heute die Beratung der ihm zugewiesenen Steuerentwürfe. Auf eine Anfrage des Abg. Kund betr. die Maßnahmen gegen Schiedungen mit Goldwären und Kupferartikeln zum Zwecke der Steuerhinterziehung antwortete Staatssekretär Graf Rüdern, der Wunsch, durch eine Bundesratsverordnung die Zugversetern zu sichern, wäre vom Bundesrat nur dann erfüllt worden, wenn er von Seiten des Reichstags deutlich ausgesprochen werde. Der Hauptauschuss beschloß darauf, daß eine alsbald zu erlassende Bundesratsverordnung Maßnahmen zur Sicherung der Zugversetern anordnen möge.

Hertling und Erzberger.

Berlin, 1. Mai. Die Zeitungen fahren fort, Artikel über das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler Graf Hertling u. dem Abg. Erzberger zu veröffentlichen. Graf Hertling soll dem letzteren bei einer Begegnung scharfen Vorhalt gemacht haben, daß Erzberger in Wien gegen den kanaler Rente gewonnen habe, was Erzberger bestritt. Seitdem empfangen der Reichskanzler den Abg. Erzberger nicht mehr. Die „Tägl. Rundschau“ schreibt, als die Kandidatur Hertlings für den Kanzlerposten anstehe, habe Erzberger bei den Fraktionen des Reichstags gegen diese Kandidatur zu wirken versucht. Das werde er nicht bestritten können.

Der deutsche Eid.

Wien, 20. April. Die „Deutsches Volk“ meldet: Am Sonntag fand in Graz der zweite deutsche Volkstag statt. Die Versammelten leiteten in feierlicher Form folgenden Eid: Wir schwören im Andenken an unsere gefallenen Söhne und Brüder bei allem was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens mehr preisgeben und kein selbhalten an dem Bündnis mit den Brüdern im Reich, komme was da wolle, denn hoch und heilig über allen anderen Pflichten steht die Pflicht der Treue gegen das eigene Volk. So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe.

Eine Versammlung des deutschen Volksrats in Dobruška (Böhmen) forderte den Austritt des Ministerpräsidenten v. Seidler. Die deutschen Abgeordneten wurden zur schärfsten Opposition aufgefordert.

Die preussische Wahlreform im Landtag.

Berlin, 1. Mai.

Das Haus setzte heute die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlagen fort.

Abg. Dr. Lohmann (M.) führte aus: Das gleiche Wahlrecht würde den Einfluß der Polen im Abgeordnetenhaus fast verdoppeln und uns vor allem in absehbarer Zeit eine sozialdemokratisch-freimütige Mehrheit bringen. In diesem Maße würde es eine Rückwirkung auf die anderen Bundesstaaten und die Gemeinden ausüben. Die unabweisbare Folge würde

sein, daß das gleiche Wahlrecht auch für die Gemeinden eingeführt werden müßte. In Bezug auf die Polenpolitik wollen wir durch eine Veränderung des Wahlrechts nicht daran rütteln, daß Preußen ein Nationalstaat ist. Aus diesen Bedenken heraus halten diejenigen meiner Parteifreunde, die hinter mir stehen, an dem Widerstand gegen die Regierungsvorlage fest. Wir hoffen, daß die Regierung geneigt sein wird, über meinen Antrag, wonach das Mehrstimmenrecht auf eine Mehrstimmigkeit beschränkt werden soll, in Verhandlungen einzutreten. Die Justizkommission ist ein Regierungsgast wie jeder andere. Deshalb sollte man aufhören, mit dem Königswort Mißtrauen zu treiben. Auch die frühere durch eine Thronrede angekündigte Wahlrechtsvorlage ist abgelehnt worden, ohne daß das Ansehen der Krone eine Minderung erfahren hätte. Preußen wird auch unter dem gleichen Wahlrecht nicht zu Grunde gehen, aber wir wünschen, daß Preußen zu neuer Blüte und neuer Kultur gelangt, die durch die Demokratie nicht gewährleistet wird. (Beifall bei einem Teil der Nationalliberalen und rechts.)

Minister des Innern Dr. Drews: Aus der politischen Lage schöpfte die Staatsregierung die Ueberzeugung, daß das gleiche Wahlrecht unbedingt durchgebrach werden müsse. Der Antrag Lohmann ist unannehmbar für die Regierung, weil auch darin das plattformatische Moment zum Ausdruck kommt. In den Ostmarken wird unter allen Umständen auch unter dem gleichen Wahlrecht das Deutschthum gefördert werden. Gemeinewahlrecht und Staatswahlrecht müssen nach verschiedenen Gesichtspunkten gelöst werden. Wird das gleiche Wahlrecht jetzt abgelehnt, so wird später ein noch radikaleres folgen. Abg. Dr. Pagen (F. V.): Unter dem gleichen Wahlrecht hören Sie (nach rechts) auf, eine regierende Partei zu sein. Das Ansehen der Krone wird geschädigt, wenn ein ungekrönter König mehr Einfluß hat als der gekrönte König. Den Antrag Lohmann lehnen wir ab. Abg. L. v. d. (Freison): Die große Mehrheit meiner Partei wird gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, das nach unserer Auffassung den Bestand des preuss. Staates zu gefährden geeignet ist. Trotz der königlichen Willensäußerung, für die der Ministerpräsident die Verantwortung trägt, sind wir verpflichtet, nach unserer Ueberzeugung zu handeln. Das gleiche Wahlrecht in Preußen würde zum Parlamentarismus und zum Sozialismus führen. Auch mit Rücksicht auf den Schutz des Deutschthums haben wir schwere Bedenken, wir aus dem Verhalten der Polen in der Kommission hervorzuheben. Wenn es zur Auflösung kommen sollte, so werden wir uns damit abfinden. Abg. Girsch (Soz.): Das Mehrwahlrecht lehnen wir unter allen Umständen ab, weil die Mehrzahl der Wähler dadurch entrechtet wird.

Der Landtagsabgeordnete von Kardorff ist heute aus der konservativen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses ausgetreten.

Berlin, 20. April. Nachdem im preussischen Abgeordnetenhaus der Antrag des Grafen Spee mit 333 gegen 60 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt war, wurde die Beratung fortgesetzt.

Ministerpräsident Graf Hertling: Die Staatsregierung hofft, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung mit dem Hause zu kommen und einen Weg zu finden, der die jetzt noch so weit auseinandergehenden Meinungen zusammenführt. Die Vorschläge der Kommission sind für die Staatsregierung nicht annehmbar. Auch der Antrag Lohmann kann nicht zum Ziele führen. Es kann sich nur darum handeln, das allgemeine gleiche Wahlrecht nach den Grundsätzen der

verträtet worden und hatte nach sechsjähriger Ehe ihren Gatten durch den Tod verloren. Am liebsten wäre sie mit ihrem einzigen Töchterchen solesch nach Europa zurückgekehrt. Aber die Schwierigkeiten, das vornehmend in Grundbesitz und Viehherden bestehende hinterlassene Vermögen ihres Mannes flüssig zu machen hatten sie noch anderthalb Jahre lang an ihren bisherigen Wohnsitz gehalten. Und als alle diese Hindernisse glücklich beseitigt waren, ergab sich die Notwendigkeit, ihr jetzt nahezu siebenjähriges und etwas zartes Töchterchen zunächst durch einen mehrmonatigen Aufenthalt an der Küste an den bevorstehenden Klimawechsel vorzubereiten, der dem Kinde nach der Ansicht der Aerzte sonst leicht verhängnisvoll werden könnte. Einzig die Rücksicht auf die Gesundheit der Kleinen hatte sie nach Chica in das Haus ihres Schwagers geführt. Neuerdings aber wurde der Termin ihrer Abreise nach Europa immer häufiger in ernste Erwägung gezogen, und Bernhard Ziegler mußte sich mit dem Gedanken an eine baldige Trennung vertraut machen, die aller Voraussicht nach eine Trennung für immer sein würde.

Um so unwiderstehlicher aber trieb es ihn jetzt immer und immer wieder in die Nähe der schönen Frau, die ihn stets mit besonderer Liebenswürdigkeit behandelt, ohne daß er sich doch bisher eines deutlichen ernstigen Grundbeweises hätte rühmen dürfen. Als man ihn zur Teilnahme an dem Auszuge nach den Schauhöhlen eingeladen, hatte die Aussicht, einige Tage in ihrer Gesellschaft zu verleben und vielleicht Gelegenheit zu einer Erklärung zu finden, rasch alle Bedenkllichkeiten beseitigt, die sich ihm anfangs hatten aufdrängen wollen. Und als der von Callao heraufgekommene Zug, in welchem die Gesellschaft Platz genommen, sich nach kurzem Aufenthalt in Chica bergaufwärts in Bewegung setzte, war der sonst so ernste Deutsche der Frohlichste einer.

Die Küstenbahn von Callao nach Droga klettert in beständiger Steigung zur Höhe der Anden empor. Erbaut, um die Erschließung der natürlichen Reichtümer des Landes an Erzen und Salpeter zu erleichtern, aberwindet sie auf einer Strecke von nur 100 Kilometern einen Höhenunterschied von 16 000 Fuß.

Fortsetzung folgt.

Korlage zu vernünftigen. Die Zulage ist gegeben. Sie muß einseitig werden. In allen modernen Staaten ist das politische Leben auf das Ziel des gleichen Wahlrechts eingeleitet. Auch Preußen kann sich dieser Entwicklung auf die Dauer nicht entziehen. Es kann sich nur darum handeln, einer allzuweit gehenden Radikalisation vorzubeugen. Anregungen in dieser Richtung will die Regierung gern prüfen, denn sie ist fest entschlossen, schädlichen Wirkungen des gleichen Wahlrechts nach Möglichkeit vorzubeugen. Aber es ist auch notwendig, daß wir bald zu einer Entscheidung kommen, im Interesse der Einheitlichkeit unseres Volkes. Das gleiche Wahlrecht kommt, es ist nur die Frage, ob es ohne große Erschütterung, oder nach schweren inneren Kämpfen kommt.

Abg. v. Seydebrand (Kons.): Der Ministerpräsident hat selbst den Wunsch nach einer Verständigung ausgesprochen, er kann daher nicht erwarten, daß wir die Regierungsvorlage einfach annehmen. Auch wir halten das gegenwärtige Wahlrecht für reformbedürftig. Was aber die von der Krone ergebene Zulage betrifft, so kann ich die Auffassung der Regierung nicht teilen, daß die Minister sich hinter den König stellen. Nach unserer Meinung sollen sie vor ihm stehen. Bei der Einführung des gleichen Wahlrechts wird die Zusammensetzung des Hauses und auch der Charakter des Hauses sich innerlich ändern. Wir auf der Rechten werden nicht mehr zu unseren Rechten kommen, während bei einem gesunden Wahlrecht jedes Mitglied des Volkes zu seinem Recht kommen muß. Wir kämpfen für uns und unsere Kinder.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Eine Verständigung ist noch sehr wohl möglich. Der Träger der Krone ist vor Erlaß der Volkshalt selbstständig in eingehendster Weise unterrichtet worden. Auf das Gemeinwohl beruht das deutsche Wahlrecht seinen Einfluß zu nehmen. Die Verfassungen von Staat und Gemeinde können nach einem Auspruch Befehls nicht über einen Stamm geschoren werden. Mit der Volkshalt vom 11. Juli ist ein Programm aufgestellt worden, das nicht mehr aufzuhalten ist.

Frankfurt, 30. April. Wie die „Frankf. Ze.“ berichtet, sprach in einer Versammlung der Vaterlandspartei im Saal des Zoologischen Gartens der sozialdemokratische Stadtverordnete Kraum aus. Kraum vertrat, daß Deutschland eine Kriegsverfälschung und Grenzverletzungen bis zur Erweiterung des Reichs fordern müsse, sonst würden wir dem Vandalen entgegenstehen. Ein Staat, der trotz eines Sieges einen Verschiedenen schätze, verliere auch bei den Neutralen kein Vertrauen. Man werde ihn für innerlich schwach halten. Das würde eine dauernde Herabsetzung unserer Valuta zur Folge haben, denn es das Vertrauen im Geschäftleben fehle, das fehle auch der Kredit. Wenn unsere Hände kein bares Geld hätten, sollten sie uns durch Lieferung von Rohstoffen den gesetzten Schaden vergüten. Kraum lehnte das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Utopia ab.

Reichstag.

Berlin, 1. Mai.

Erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Abg. Becker-Brandenburg (Z.): Durch die Vorlage solle eine Bestimmung beseitigt werden, die von den Arbeitern als eine Ausnahmestimmung empfunden wird. Während Unternehmern nur in ganz wenigen Fällen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung (Zwang zum Streik usw.) bestraft worden sind, sind Arbeiter in Tausenden von Fällen darauf mit Gefängnis bestraft worden. Wie werden dem Gesetzesentwurf zustimmen.

Abg. Ebert (Soz.): Wir begrüßen den Entschluß der Regierung, der endlich mit diesen Vorurteilen aus der Zeit des Koalitionsrechts aufhört.

Abg. Dost (Z. V.): Wir können der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung zu. Inwiefern liegt eine Ausnahmebestimmung vor, die beseitigt werden muß.

Abg. Dr. Janka (Nat.): Eine Minderheit meiner Partei hat Bedenken gegen die Aufhebung, die Mehrheit stimmt ihr zu. **Abg. Schäfer (Kons.):** Es handelt sich hier nur um eine soziale Angelegenheit. Die ist nicht politischer Natur. Deshalb müssen wir in einer gewissen Prüfung eintritten. Es sollen doch nur die unzulässigen Mittel im Betriebskampf beseitigt werden. Erklären Sie die Regierung, mit der die Regierung den Entwurf eingebracht hat. Die Arbeitssachen müssen vor Terror und körperlichem Zwang geschützt werden. Die Lohnämter werden verschärfen und die Arbeitsgeber gezwungen werden, sich zu organisieren.

Abg. Behrens (D. F.): Die christlichen Gewerkschaften können der Aufhebung des Ausnahmegesetzes zustimmen.

Es folgt die erste Lesung des Arbeitsvertrages. **Staatssekretär Tschirner von Steinhilber:** Die unergiebige Arbeitslosigkeit, auch im Wirtschaftskampfe zu zeigen, verhält sich uns nicht der Einheit, daß der Weg zu diesem Siege ein bornenwilliger sein wird. Der Gegensatz Arbeit und Kapitalismus darf nicht mehr bestehen.

Landtag.

(*) **Stuttgart, 30. April (Zweite Kammer.)** Nach sechs vierwöchiger Unterbrechung, die durch die Kommissionsarbeiten ausgefüllt war, nahm heute nachmittag die Zweite Kammer ihre Beratungen im Plenum wieder auf. Gegenstand der Beratung war die vom Zentrum gestellte Anfrage an die Regierung wegen der Ergebnisse in der Kottweiler Pulverfabrik und der Handhabung des dortigen Koalitionsrechts. Die Zentrumsabgeordneten Groß und Andre sowie **Abg. Mattioli (Soz.)** gingen mit der Forderung nach Aussetzung des Koalitionsrechts ein. **Abg. Hoyer (Soz. Vg.)** sagte, daß die Regierung überhaupt nicht gewillt sei, das Koalitionsrecht der Arbeiter freizugeben. **Minister des Innern Dr. v. Köhler** erklärte, die Überwachung der württembergischen Sprengstoff- und Munitionsfabriken sei seit vorigem Jahre auf die militärischen Organisations übergegangen. Nach einer Aeußerung des Kriegsministeriums konnte der mit der Überwachung betrauten Stellen kein alle Maßnahmen getroffen werden, um weitere Verletzungen zu vermeiden. Ein Verbot der Betriebsleitung an den Explosions- und Brandunfällen sei zu erteilen. **Wobor** beim Minister des Innern noch bei der Zentralstelle

für Gewerbe und Handel freien Bescheidungen eingeleitet, von der Fabrikation ihren Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts erlaube. Die Leitung der Fabrik müsse gegenüber allen gewerkschaftlichen Organisationen Neutralität wahren. Sollte eine Erschwerung des Koalitionsrechts seitens der Fabrikleitung eintreten, dann werde die Regierung einschreiten. **Die Abg. Groß (Z.)** und **Reichel (Soz.)** stellten den Antrag, die Regierung solle dafür sorgen, daß 1) die für Schatz von Leben und Gesundheit erforderlichen Maßnahmen der Arbeiter in der Kottweiler Pulverfabrik vollst. durchgeführt, 2) die uneingeschränkte Ausübung des Koalitionsrechts hergestellt und die schädliche Behandlung der Arbeiter unterbleibe, 3) die Arbeiterorganisationen von der Betriebsleitung als gesetzliche Organe anerkannt werden. **Minister des Innern Dr. Köhler** bezeichnete es nicht als seine Aufgabe, die Kottweiler Pulverfabrik in Schatz zu nehmen. Er müsse aber gegen den Vorwurf Stellung nehmen, als ob die Fabrikleitung mit Streiks gedroht habe. Alle Beschwerden der Arbeiter werden geprüft, und wenn es sich herausstelle, daß eine ungesetzmäßige Einschränkung des Koalitionsrechts vorliegen sollte, die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Vom Standpunkt der Regierung aus müsse er gegen den Punkt 3 des Antrags Bedenken erheben. Hierfür wurden Ziffer 1 und 2 des Antrags einstimmig angenommen. Ziffer 3 gegen die Stimmen der Nationalliberalen, des Generalvereins, der Konfessionsvereine und der Volkspartei. In einer Sitzung der Ältesten der Zweiten Kammer einigte man sich dahin, in dieser Woche die Dr. v. Köhler- und Wohnungsfragen zu beraten, in der zweiten Woche die Erährungsfragen und in der dritten Woche die Hauptausfrage zum Staatshaushalt vorzunehmen. Nach Pfingsten soll der Finanzhaushalt die Entscheidung vornehmen.

(*) **Stuttgart, 1. Mai.** Die Fragen der Brennstoffversorgung bildeten den Gegenstand der heutigen Beratung. **Abg. Wieland (N.)** gab zunächst einen eingehenden Bericht über die Kommissionsberatungen. Er legte dem Minister des Innern dringend ans Herz, daß er, wie sein Vorgänger, mit allem Können für eine bessere Kohlenlieferung in Berlin vorstellig werde, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Der Minister gab zu, daß die Kohlenlieferung in den letzten Jahren bisweilen sehr im Argen lag, während heute die allgemeine Lage doch erheblich günstiger sei. Ja, er konnte das Versprechen geben, daß er den genügenden Hausbrandversorgung auch die Großverbraucher, sowie die Gas- und Elektrizitätswerke bei der Versorgung mit Kohlen nicht zu kurz kommen werden. **Der Abg. Herrmann (N.)** verlangte eine Besserung in der Zuteilung von Kohlen, insbesondere für das hiesige Land und für die Konsumvereine. **Vorsitzender v. Keller** erklärte es als einen Wunsch, wenn **Dr. Köhler** gewisse Punkte, die durch den Bericht des Kommissionsberaters als Forderungen angedeutet worden, von einer allgemeinen Einschätzung der Kohlenlage ablassen. **Abg. Hornung (Soz. Vg.)** verlangte eine Verstaatlichung der Kohlengruben, weil die Interessierten infolge ihrer privatenkalkulativen Interessen vollständig verfaßt hätten. Er trat für den Antrag seines Freundes Engelhardt ein, monach in den Kaminen in den Kaminen an die Verstaatlichungsmaterial mehr gespart werden sollte. **Der nationalliberale Abg. Baumann (Stuttgarter Kohlenkonsumverein)** brachte eine Reihe von Wünschen vor, so u. a. eine öffentliche Bewirtschaftung der Kohlenvorräte, die der Herabsetzung des freien Handels, eine bessere Bekämpfung der Preisfrage und Bekämpfung mit den besseren Kohlenarten der früheren Jahre. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf morgen vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Dem Präsidenten der Zweiten Kammer ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Spanage des Herzogs Albrecht von Württemberg zugegangen.

Amtliches.

St. Oberamt Nagold.

Bedarf an Arbeitskräften

(Betriebsleiter und sonstige männl. Arbeitskräfte), sowie an Einzelpferden und Gehpferden mit Pferdepflegeren zur Heuernte.

Die Militärbehörden sind wie im Vorjahr bereit, der Landwirtschaft zur Einbringung der bevorstehenden Heuernte militärische Hilfe zuteil werden zu lassen.

Infolge der jetzigen militärischen Lage werden voraussichtlich Hilfskommandos zur Heuernte nur in beschränktem Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Es ist daher dringend erforderlich, daß die Schultheißenämter bei der Feststellung des ungedeckten Bedarfs an männlichen Arbeitskräften einen strengen Maßstab anlegen, damit nur der tatsächlich dringende Bedarf angefordert wird. Hierbei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande seitens der Militärbehörden durch umfangreiche Beurlaubungen von Landwirten in eigene Betriebe, sowie durch Zurückstellungen Rechnung getragen wird, soweit dies die militärischen Verhältnisse irgendwie zulassen.

Die (Stadt-) Schultheißenämter werden ersucht, unter Berücksichtigung der vorerwähnten Gesichtspunkte, den voranschreitend zur Heuernte noch bestehenden dringenden Bedarf an Hilfskräften dem Oberamt bis spätestens 10. Mai anzumelden. Verspätet eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Die militärischen Hilfskommandos sind voll auszunutzen. Die Gemeindebehörden haben daher dem Zusammenfassen dieser Arbeitskräfte zu entsprechender Beihilfe ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die teilweise Ueberlassung von Pferden an die Landwirtschaft für Zwecke der Heuernte kann dieses Jahr nur in geringem Maße erfolgen, da den Militärbehörden hierfür nur wenig Pferdmaterial zur Verfügung steht. Nach den Ergebnissen der im Frühjahr durch das Kriegswirtschaftsamt angefertigten Erhebungen über das Vorhandensein von Gehpferden ist jedoch anzunehmen, daß mit Hilfe der in den einzelnen Gemeinden befindlichen, verhältnismäßig großen Anzahl von eigenen Arbeitspferden sowie Ochsen- und Kuhgepferde die Einbringung der Heuernte im allgemeinen sichergestellt werden kann, wenn die Zusammenarbeit in den Gemeinden u. gegenseitige nachbarliche Hilfeleistung in zweckentsprechender Weise durchgeführt wird.

Soweit es den Militärbehörden möglich ist, Pferde auch zur Heuernte teilweise abzugeben, wird dies unter den bekannten Bedingungen erfolgen. Zu diesem Zweck haben die H. Ortsvorsteher sofort festzustellen:

1.) wieviel von den bereits in die Gemeinden abge-

gebenen Pferde auch über die Heuernte belassen werden sollen,

2.) wieviel außer den am 15. Mai in den Gemeinden befindlichen Pferden zur Heuernte noch tatsächlich dringend benötigt werden.

Das Ergebnis dieser Feststellung wolle ebenfalls bis spätestens 10. Mai hierher mitgeteilt werden. Die Verteilung der verfügbaren Pferde wird im entsprechenden Verhältnis zu der Zahl der gestellten Anträge erfolgen.

Ausdrücklich wird noch darauf ausmerksam gemacht, daß die Einreichung von Einzelgesuchen um Zuteilung von Pferden für die Heuernte vollkommen zwecklos ist.

Es muß erwartet werden, daß sich in diesem Jahre die Landwirte mehr als bisher der Hilfe der Jungmänner bedienen, nachdem sich die Ausschilfe durch Militärpersonen in gewissen Grenzen bewegen wird. Die Anwerbung des Bedarfs solcher Arbeitskräfte geschieht durch Vermittlung der Kriegswirtschaftsstelle beim Kriegswirtschaftsamt oder unmittelbar beim Ausschuss für Schlichter, Stuttgart, Königstraße 44.

Den 1. Mai 1918.

O. A. H. Dr. Klumpp A. B.

Schönpreis für Zucker.

Das Kgl. Oberamt Nagold macht bekannt: Infolge Erhöhung der Bezugspreise werden die Höchstpreise für Zucker wie folgt neu festgesetzt:

Dutzender u. gewöhnlicher Kristallzucker 42 Pfg., das Würfelzucker u. feingemahlener Zucker 44 Pfg. Pfund

Brennstoffversorgung

der größeren gewerblichen Betriebe.

Die gewerblichen Verbraucher von Kohle, Koks und Bräunkohle mit mindestens 10 Tonnen Monatsverbrauch haben in der Zeit vom 1. bis spätestens 5. Mai ihre Meldungen wie bisher mit Meldelarten zu erstatten.

Zugleich mit dieser monatlichen Meldung haben sie diesjährig eine Jahresmeldelarte einzureichen, deren Vordruck zusammen mit denjenigen für die Monatsmeldung ausgegeben wird.

Genügend einer der Meldungen ohne die andere macht auch die eingereichte Karte unzulässig.

Die betreffenden Bekanntmachungen des Reichskommissars und der Landeskontrollen sind im Staatsanzeiger Nr. 99 vom 29. April ds. Js. abgedruckt.

Landesnachrichten.

Stuttgart, 2. Mai 1918

* **Das Eisenerz** haben erhalten: **Lütz, Gustav** Luz, Sohn des verst. Gustav Luz, Gerders hier; **Fr. Friedl**, Sohn der Marie Friedl von hier, Inh. der Elb. Verdr. Verdr.; **Gebr. Gottlieb Braun**, Sohn des Ludwig Schmid, Straßmann hier; **Fahrer Jakob Klumpp**, Sohn des Joh. Gg. Klumpp in Neuweiler, Inh. der Elb. Verdr. Verdr.

* **Nagold, 1. Mai (Neue Verwundete.)** Von der Westfront ist wieder ein Transport von 110 Leichtverwundeten und Kranken eingetroffen, die in den hiesigen Reserve-Lazaretten Aufnahme fanden.

|| **Sulz a. N. 1. Mai (Todesfall.)** Der in weiten Kreisen bekannte Besitzer des Anwesens Albeck und Mitarbeiter des Solbades Pfisterwald, **Paul Tag**, Sohn des früheren Bierbrauerbesitzers und Landtagsabgeordneten, ist gestern unerwartet rasch einem Herzleiden, von dem er in Tübingen Heilung suchte, erlegen.

|| **Alpirsbach, 1. Mai (Amtswechsel.)** Montag früh verließ Stadtschultheiß a. D. **Kieker** mit Familie die Stadt. Seinen Feiertag wird er in Gammstadt zubringen. Zu seinem Abschied hatten sich die Freunde der Familie und eine Vertretung des Kirchengemeinderats auf dem Bahnhof eingefunden. Der neugewählte Stadtschultheiß **Wilhelm Schwarz** wird im Laufe dieser Woche die Geschäfte übernehmen, und vom K. Oberamt in sein Amt eingeleitet.

|| **Stuttgart, 30. April (Lebensmüde.)** Heute vormittag hat sich ein 24jähriges Mädchen aus Gillingen im Hauptbahnhof einen Schuß in den Unterleib beibringen versucht. Der Schuß ging jedoch fehl und die Lebensmüde kam mit einer leichten Verletzung davon.

(*) **Gammstadt, 1. Mai (Tot aufgefunden.)** Gestern nachmittag wurde in einem Hause der Brunnengasse eine 63 Jahre alte ledige Arbeiterin tot aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung durch Kohlenstoffgas vor.

(*) **Marbach, 1. Mai (Geiselt diebstahl.)** In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurden einem Bürger in Marbach Ob. Nassach zwei Prachtmotoren von Gänzen aus dem Stall gestohlen und einem anderen Bürger wurde am Hühnerstall das Schloß angebrochen und drei Hühner gestohlen. Weitere im Stall befindliche Hühner sind ausgerissen und sind somit dem Dieb entgangen.

(*) **Rainhardt, 1. Mai (Der erste Bienenfchwarm.)** Letzten Sonntag erhielt Herr Walter Schnabel in der Arbeiterkolonie Erlach seinen ersten Bienenfchwarm. Nach Gemeinderat Hofmann in Völkenshausen hat schon einen Bienenfchwarm erhalten.

(*) **Geislingen-St., 1. Mai (Ehrung.)** Die Technische Hochschule in Stuttgart hat dem Direktor **Debach** von der Württ. Metallwarenfabrik Geislingen in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste die Würde eines Dr. ing. ehrenhalber verliehen.

(*) **Ulm, 30. April (Blitzschlag.)** Bei dem schweren Gewitter am Sonntag Abend fuhr der Blitz nach dem „Schw. Volk“ in das Münster. Eine mächtige Flamme schloß sich dabei an der Turmspitze bemerkbar.

(*) **Reinholtskette, D. W. Banger, 1. Mai (Selbstmord.)** Hier hat sich vorgestern Abend ein 24jähriges Mädchen mit einem Revolver erschossen.

Letzte Nachrichten.

Der Abendbericht.

W.E.S. Berlin, 1. Mai, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Unterseeboosserfolge.

W.E.S. Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant Kapitänleutnant Krasig, bei schwerem Wetter 5 Dampfer von zusammen etwa 28 000 BRZ. Alle Dampfer waren gesichert, 4 von ihnen tief beladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine

* Berlin, 2. Mai. Aus Genf wird dem Berliner Lokalanzeiger mitgeteilt: Poincaré und der Millärgouverneur von Paris, Dubail, besuchten gestern die Stätten der Verheerungen der Fernbeschießung zu beiden Seiten der Jura. Die Zensur gestattet den Pariser Blättern nicht die geringsten Andeutungen über die beschossenen Städtchen.

W.E.S. Berlin, 1. Mai. Am 25. April 1918 sind in Bern die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über Gefangenentfragen geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden

Abschluss gelangt. Die getroffenen Vereinbarungen sind namentlich den beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt worden.

Das wichtigste Ergebnis wird die Entlassung einer großen Anzahl deutscher und französischer Kriegsgefangener sein. Bei einer Mindestdauer der Gefangenschaft von 18 Monaten sollen Kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangennahme entscheidend.

W.E.S. London, 1. Mai. (Neuter.) Es ist eine königliche Verordnung erschienen, durch die das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für Irland verschoben wird.

* Berlin, 2. Mai. Zu dem Aufschub der Dienstpflicht für Irland schreibt die Berliner Morgenpost: Es ist ein kaum verhüllter Sarkasmus der Politik Lloyd Georges, der wohl über kurz oder lang nicht ohne besondere Folgen bleiben wird.

W.E.S. Berlin, 1. Mai. In letzter Zeit machte sich in Alew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluss in der Ukraine richtete. Verschiedene Vorkommnisse führten nun zur Ergreifung besonderer Maßnahmen seitens des Feldmarschalls v. Eichhorn und zur Verhaftung des Kriegsministers Schukowski.

des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tschenko, des Kommandanten der Stadt Miliz Bogazki und des Abteilungschefs im Ministerium des Inneren Lobinski. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange.

Naturwunder Wetter.

Die Störungen gehen wieder zurück, es bleiben aber noch genug vorhanden, um die Wirkung des neu aufziehenden Hochdrucks zunächst zu beeinflussen. Für Freitag und Samstag ist weiterhin unbeständiges, nur langsam aufbesserndes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag von W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.
Für die Geschäftsleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

In keinem Hause

in keiner Familie darf, besonders in der jetzigen Zeit der großen Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz, unsere Zeitung „Aus den Tannen“ fehlen, die in rascher und übersichtlicher Weise ihre Leser auf dem laufenden hält und stets einen guten Lesestoff bietet.

Simmertfeld.



Codesanzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, unvergeßlicher Sohn und Bruder

Musketier Jakob Rentschler

beim Inf.-Regt. 121, Jahrgang des Elf. Regens 2. Kl. im Alter von 20 Jahren am 5. April in treuer Pflichterfüllung den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat.

Die tieftrauernden Eltern und Geschwister

**Johannes Rentschler und Frau
Anna Maria geb. Ehnis.**

Trauergottesdienst Sonntag 5. Mai nachm. 1 Uhr.

Egenhausen.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem überaus schmerzlichen Verluste unseres lb. unvergeßlichen Sohnes, Bruders und Schwagers

Musketier Christian Welker

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, sowie für die zahlreiche Teilnahme am Trauergottesdienst, insbesondere auch seitens des verehrl. Kriegervereins sagen innigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

**Gottlieb Welker Wtw. geb. Kalmbach
mit ihren Kindern.**

**Brennholz
offenes Spreisenholz**

können zur Zeit abgeben

**Gebrüder Theurer
Sägewerke Altensteig.**

= Lose =

der Stuttgarter Geld- u. Pferdlotterie
Ziehung 3. Mai
Preis Mark 2.—

sind noch zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

Altensteig.

Meiner werten Kundschaft zur Erinnerung, daß ich in dem Hause von

Wurster, Stricker

neben dem Schatten wohnen.

Christian Seeger

Leder- und Wagenfett-Handlung.

Lederfett

Dosen von 50 Pfg an

Schuhcreme

Lederriemen

Leinwand Bejen

verkauft

der Obige.

Altensteig.

Groß

15-20 Jtr.

Dehnd

verkauft

G. Günthner

Fuhrmann.

Halbber.

Der Unterzeichnete feht eine 35 Wochen trüchtige



Ruh

dem Verkauf aus

Daniel Walz

v. Waldhorn.

Eine junge



**Fahr-
Ruh**

trächtig mit dem zweiten Kalb, hat zu verkaufen

**Steinhauer Rienzle
Spielberg.**

Postkarten

von der Front, einfarbig, 100 Muster
Mk. 3.—; farbenphotographische Aufnahmen,
8 Serien — 48 bunte Karten
Mk. 8.—; 50 Blumenkarten Mk. 3.—.

Glaspapier

Blutpapier, Sandpapier, gelb oder grau,
28:28 cm oder 38:38 cm, mit kleinen
Fehlern 100 kg Mk. 140.—; Probenscheit
von 5 kg Mk. 8.— (kleine Abfälle) 10—15
cm groß 5 kg Mk. 4.— ab hier
gegen Nachnahme

Paul Rupp, Freudenstadt (Wtbg.)

Quittungs-

Formulare

in Block, perforiert zum abreißen,
empfehlen die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Wartweiler.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders

Georg Dieterle Unteroffizier

erfahren durften, sowie für die zahlreiche Beteiligung an der Trauerfeier von nah und fern, dem verehrl. Kriegerverein und Kirchchor des Herrn Hauptlehrer: Duppel, sowie Herrn Pfarrer Rejger für seine tröstenden Worte sagen innigsten Dank

die trauernden Eltern:

Joh. Eg. Waidelich mit Frau.

Zweuenberg.



Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders

Georg Wackenhut

sagen wir unsern innigsten Dank. Ebenso sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Hornberger.

Im Namen der trauernden Eltern und Geschwister:

Friedrich Wackenhut, Postbote.

Sämtliche

Schul-Bücher

empfehlen die

**W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.**

Zu baldigem Eintritt wird ein fleißiges

Mädchen

für Haus und Gartenarbeit

gesucht

dem Gelegenheit geboten ist, das Kochen zu erlernen

**Kurhaus Glemseck
v. Leonberg.**

Mädchen

für Küche und Haushalt

gesucht.

**Hotel Rühler Brunnen
Wildbad.**

